Kultur

Trauer in Israel

Bei einem jüdischen Fest kam es unter den Wallfahrern zu einer schrecklichen Massenpanik mit Toten. *Panorama*

Fotos, Videos, Berichte auf www.rhein-zeitung.de/magazin

Darf man denn gar nichts mehr sagen?

Doch, findet der Philosoph David Lanius von der Uni Mainz – Über die Uneindeutigkeit des Begriffs Meinungsfreiheit und die rechte Ecke

Mainz. Nach der umstrittenen Aktion #allesdichtmachen prasselte Kritik auf die Beteiligten wie Schauspieler Jan Josef Liefers ein, die Kritik an der Corona-Politik und an Medien äußerten. Mancher fand die Satirevideos daneben, mancher kritisierte die Kritik daran: Sie sei eine Einschränkung der Meinungsfreiheit der Schauspieler. Im Grundgesetz steht: „Eine Zensur findet nicht statt." Doch was bedeutet Meinungsfreiheit noch, abgesehen von der juristischen Seite? Antworten gibt der Philosoph David Lanius von der Uni Mainz – pünktlich zum heutigen Internationalen Tag der Pressefreiheit.

Herr Lanius, man hört in letzter Zeit immer wieder, dass Menschen sich Sorgen machen um den Zustand der Meinungsfreiheit. Das ist doch in einer wehrhaften Demokratie erst mal etwas Gutes, oder?
Es ist immer begrüßenswert, wenn sich Menschen darüber Gedanken machen, was sie politisch betrifft. Dann sind Bildung und Medien gefragt, ihnen Gelegenheit zu geben, sich ausreichend zu informieren. An dieser Stelle kommt allerdings ein grundsätzliches Problem der Demokratie zur Geltung: Demokratie lebt von der Auseinandersetzung – allerdings unter der Bedingung, dass die Menschen, die sich auseinandersetzen, hinreichend informiert sind, um fundierte Meinungen zu haben.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung muss aber auch für uninformierte Meinungen gelten.
Definitiv. Im Zweifel sollten wir die Meinungsfreiheit so weit wie möglich auslegen – und das machen zum Glück sowohl das Bundesverfassungsgericht als auch die meisten Philosophen, die zu dem Thema arbeiten. Der Bekannteste ist sicherlich der Philosoph John Stuart Mill, der die These vertreten hat: Die einzige Schranke für die Meinungsfreiheit ist das Schadensprinzip: Wenn ich was sage, das direkt zu einem Schaden führt, sollte der Staat eingreifen – sonst nicht.

Sie schreiben, es gibt mehrere Arten, Meinungsfreiheit zu verstehen – ich gebe das mal verkürzt wieder: von Freiheit von staatlicher Zensur bis zur Freiheit von Widerspruch oder Kritik. Kann es sein, dass wir oft aneinander vorbeireden, weil wir gar nicht den gleichen Begriff von Meinungsfreiheit im Sinn haben – siehe #allesdichtmachen?
Das ist ganz sicher der Fall. Häufig sind wir uns nicht einmal selbst darüber im Klaren, welche dieser Bedeutungen wir meinen, wenn wir über Meinungsfreiheit sprechen. Wenn Menschen sich beschweren, dass man die Meinungsfreiheit der Schauspieler von #allesdichtmachen einschränke, weil man kritisch über sie berichtet, meinen sie wohl die Dimension der Widerspruchsfreiheit. Aber wahrscheinlich haben sie auch eine andere, gehaltvollere Bedeutung von Meinungsfreiheit im Hinterkopf – die Bedeutungen gehen dann nicht selten fließend ineinander über.

Ab wann kann ein Shitstorm eine Einschränkung von Meinungsfreiheit sein?
In einem praktischen, nicht juristischen Sinne kann ein Shitstorm durchaus eine Einschränkung von Meinungsfreiheit bedeuten: Dass Menschen sich nicht trauen, bestimmte Sachen zu sagen. Das ist tatsächlich schädlich für die Demokratie. Wenn wir ein Meinungsklima haben, in dem bestimmte Sachen nicht gesagt werden, weil die Leute Angst haben vor sozialen Repressalien – das gibt es ja tatsächlich in vielen Ländern.

Wenn ich im Mainzer Fußballstadion im 05er-Block stehe und rufe „Eintracht Frankfurt, olé", dann kann es für mich ungemütlich werden – wir nehmen in diesem Kontext völlig selbstverständlich hin, dass man bei so einer Meinung auch mit Gegenwind rechnen muss. Warum trifft das auf eine Debatte wie zu #allesdichtmachen nicht zu?
Diese Art von Gegenwind ist aus einer demokratietheoretischen Perspektive in Ordnung, wenn er auf kleinere soziale Gruppen und bestimmte Kontexte beschränkt ist. Wenn dadurch gesamtgesellschaftlich und ortsunabhängig Meinungen nicht mehr geäußert würden, hätten wir jedoch ein Problem in Bezug auf die Demokratie. Aber diese Diagnose, es herrsche „Meinungsdiktatur" oder „Gesinnungsterror" eines „linken Mainstreams", ist empirisch für die heutige deutsche Gesellschaft nicht haltbar. Es gibt nur ganz wenige Themen, die – aus gutem Grund – nicht ungehindert geäußert werden können: So darf man etwa den Holocaust nicht leugnen. Doch sonst werden die krassesten Meinungen geäußert, im Internet verbreitet und sind häufig sogar am Bahnhofskiosk verfügbar.

Es wird ja auch ständig alles Mögliche gesagt: Alexander Gauland (AfD) nannte den Nationalsozialismus einen „Vogelschiss" in der Geschichte. Und trotzdem hält sich hartnäckig die Haltung, man dürfe ja nichts mehr sagen. Warum haben die Leute diesen Eindruck?
Es ist eine Mischung aus den sehr erfolgreichen Kommunikationsstrategien der rechten Szene, die dieses Narrativ verbreitet – und einem fruchtbaren Boden, auf den sie trifft, weil es tatsächlich Menschen gibt, die die Erfahrung machen, dass sie bei bestimmten Meinungen in bestimmten sozialen Gruppen einen Gegenwind erfahren, der vor 20, 30 Jahren vermutlich ausgeblieben wäre.

Wie funktioniert diese kommunikative Strategie der Rechten?
Das Thema „Meinungsfreiheit" ist ein Garant für Aufmerksamkeit – die wichtigste Währung des Rechtspopulismus. Die These, dass Zensur herrsche, ist ebenso provokativ wie unhaltbar – und führt daher zuverlässig zu einer schnellen Gegenreaktion in der Debatte. In diesem Fall ist die Provokation sogar besonders effektiv, weil die Medien am eigenen Kragen gepackt werden, wenn man behauptet, die Meinungsfreiheit sei eingeschränkt.

Sie sagen, AfD-nahe Menschen erfahren Ablehnung. Es darf sich aber ja jeder aussuchen, mit wem er befreundet oder im Kegelklub ist.
In den vergangenen 20, 30 Jahren gab es eine rasante gesellschaftliche Entwicklung hin zu progressiveren Werten und einer Sensibilisierung für etwaige Verletzungen dieser Werte. Vor 40 Jahren konnte man problemlos öffentlich sagen, was heute über AfD-Kanäle verbreitet wird, aber in der öffentlichen Debatte auf Widerstand und Empörung stößt. Manche merken nun, dass sie eine gewisse „Freiheit" verloren haben: die Freiheit, krasse, auch widerwärtige Sachen zu sagen und zu diskriminieren. Allerdings werden die meisten Menschen in unserer Gesellschaft dazu sagen: Das ist eine positive Entwicklung, dass sexistische und rassistische Kommentare jetzt sozial sanktioniert werden.

Kann man sagen, in jedem Gespräch, in dem rassistische Wörter verpönt sind, gibt es weniger Meinungsfreiheit für Rassisten, aber dadurch auch mehr Meinungsfreiheit für schwarze Menschen, die sich wohlfühlen, ihre Meinung zu äußern?
Das glaube ich nicht. Eine Person, die sich nicht mehr rassistisch verhalten kann, verliert keine Meinungsfreiheit. Sie verliert höchstens die Freiheit, bestimmte Vokabeln zu verwenden und andere Menschen zu diskriminieren und zu beleidigen. Aber das betrifft tatsächlich nicht ihre Meinungsfreiheit – ihre Meinungen können sie, entsprechend formuliert, weiterhin äußern.

Man hört oft, wer etwas Kritisches zu Corona oder Flüchtlingen sagt, werde in die rechte Ecke gestellt. Was ist da dran?
Das ist tatsächlich ein Punkt, in dem ich mir allgemein eine bessere Streitkultur wünschen würde – insbesondere von der progressiven Linken, aber auch insgesamt in den Medien und der Politik. Es passiert viel zu häufig, dass – absichtlich oder unabsichtlich – solche Argumentationsfehler begangen werden, wie zum Beispiel die „Brunnenvergiftung".

Was meinen Sie damit?
Dass Positionen nicht inhaltlich kritisiert und begründet zurückgewiesen, sondern quasi reflexhaft mit einem negativen Label versehen werden: „Das ist Nazisprech." Es gibt natürlich Äußerungen, da trifft ein solches Label zu, aber häufig werden auch Argumente, die man sachlich diskutieren könnte, gar nicht in ihrem Gehalt gehört. Dann werden Menschen tatsächlich vorschnell in die rechte Ecke gestellt. Man nennt das in diesem Fall auch „Ad hominem"-Argument: Anstatt die Position zu kritisieren, wird direkt die Person, die sie hat, angegriffen. Mit dem Ergebnis, dass sie mit ihrer Meinung nicht gehört wird.

Eine Frage an Sie als Leiter des Forums für Streitkultur: Wie verbessern wir unsere?
Zentral ist „interpretatives Wohlwollen" – dass man bei abweichenden Meinungen nicht sofort in den Empörungsmodus geht, sondern sich sachlich und wohlwollend damit auseinandersetzt. Das heißt, dass man zumindest versucht, das Gesagte so plausibel wie möglich zu interpretieren.

Das Gespräch führte **Finn Holitzka**

Kompakt

Zur Person: Dr. David Lanius

David Lanius ist Postdoktorand am Karlsruher Institut für Technologie und seit 2020 vertretungsweise Inhaber der Professur für Didaktik der Philosophie an der Uni Mainz. Daneben ist er Leiter des Berliner Forums für Streitkultur. Sein Aufsatz „Meinungsfreiheit und die kommunikative Strategie der Rechtspopulisten" erschien 2020 im Sammelband „Was darf man sagen? Meinungsfreiheit im Zeitalter des Populismus" im Kohlhammer Verlag (176 Seiten, 17 Euro). Foto: Uni Mainz

Bayreuther Festspiele gehen auf volles Risiko

Programm soll trotz der Pandemie stattfinden – auch als Zeichen für die Kulturszene

Bayreuth. Theater und Opernhäuser in Deutschland sind seit Monaten geschlossen, unter Künstlern und Musikern macht sich Verzweiflung breit. Die Kultur ist eine der am schwersten gebeutelten Branchen in der Corona-Krise. Doch auf einem gewissen Hügel gibt man sich trotz alledem optimistisch. Die Bayreuther Festspiele sollen in diesem Jahr stattfinden – koste es, was es wolle. Das hat der Verwaltungsrat der Festspiele jetzt nun einigermaßen final beschlossen.

Es sei „eine wichtige Sitzung" gewesen, betont der Verwaltungsratsvorsitzende Georg Freiherr von Waldenfels. „Wir sind optimistisch, dass sich das bis zum Sommer ändert. Dann werden wir eine höhere Impfquote haben. Außerdem ist der Sommer der natürliche Feind des Virus." Auch Festspiel-Chefin Katharina Wagner hatte sich in den vergangenen Monaten zuversichtlich gezeigt.

Die nun gefallene Entscheidung gegen eine Absage ist darum von Bedeutung, weil es – je näher der 25. Juli, das klassische Datum für den Start der Festspiele, rückt – immer schwieriger wird, von geschlossenen Verträgen mit Musikern oder Regisseuren möglicherweise noch zurückzutreten. Die Kosten, auf denen die Festspiele sitzen bleiben würden, müsste das Spektakel im schlechtesten aller Fälle doch noch abgesagt werden, steigen also.

Wohl auch aus dem Grund war die Entscheidung nicht unumstritten, wie von Waldenfels einräumt. „Das wurde schon unterschiedlich gesehen", sagt er in München. „Das ist ja immer mal wieder hin- und hergegangen." Er hofft nun, die derzeit in Konzepten zugrunde gelegte Besucherzahl von nur 235 statt normalerweise rund 2000 im Festspielhaus auf dem Grünen Hügel noch anheben zu können: „Wir wollen so viel wie möglich aufstocken", sagt von Waldenfels.

Zuletzt war davon die Rede, dass im besten aller Fälle 1000 Zuschauer zugelassen werden könnten. Selbst dann bliebe also noch jeder zweite Platz im Festspielhaus leer. Und mit jedem leeren Platz verlieren die Festspiele bares Geld. Normalerweise bestreiten sie den laufenden Betrieb zu 65 Prozent aus Einnahmen. Das fehlende Geld werden die Gesellschafter – die Bundesrepublik Deutschland, der Freistaat Bayern, die Stadt Bayreuth und die Gesellschaft der Freunde von Bayreuth – ausgleichen müssen.

Im vergangenen Jahr, als die Richard-Wagner-Festspiele zum ersten Mal seit ihrer Wiederaufnahme nach dem Zweiten Weltkrieg ausfielen, fehlten rund 15 Millionen Euro. „Kultur ist teuer", sagt von Waldenfels dazu. „Und wir sehen auch andere Häuser, die das machen." Er verwies auf die Salzburger Festspiele und die Bayerische Staatsoper in München. Künstler und die Kultur hätten in der Corona-Krise besonders gelitten. „Da wollen wir ein bisschen Stabilität geben."

Neben der Neuproduktion „Der fliegende Holländer", bei der mit Oksana Lyniv erstmals eine Frau im berüchtigten Bayreuther Orchestergraben am Pult stehen soll, sind Wiederaufnahmen der Produktionen „Die Meistersinger von Nürnberg" und „Tannhäuser" geplant. Weitere Höhepunkte sind die Rückkehr des lettischen Stardirigenten Andris Nelsons und von „Blutkünstler" Hermann Nitsch, der in diesem Jahr die Oper „Die Walküre" inszenieren soll. Alles nach Plan also auf dem Grünen Hügel 2021 – und doch ganz anders.

Kompakt

Habermas verzichtet auf Buchpreis aus Emiraten

Meinung. Der Philosoph Jürgen Habermas (91) hat die Annahme eines hoch dotierten Buchpreises aus den Vereinigten Arabischen Emiraten überdacht. „Ich habe meine Bereitschaft erklärt, den Sheikh Zayed Book Award anzunehmen. Das war eine falsche Entscheidung, die ich hiermit korrigiere", hieß es in seinem vom Suhrkamp-Verlag in Berlin übermittelten Schreiben. „Die sehr enge Verbindung der Institution, die diese Preise in Abu Dhabi vergibt, mit dem dort bestehenden politischen System habe ich mir nicht hinreichend klargemacht." In dem Land am Persischen Golf haben Beobachter wiederholt teils schwere Verstöße gegen die Menschenrechte festgestellt.

Kontakt: Rhein-Zeitung Kulturredaktion, 56055 Koblenz | Mail: kultur@rhein-zeitung.net Fax: 0261/892-770 | Verantwortlich für diese Seiten claus.ambrosius@rhein-zeitung.net

RZ Kultur aktuell – aus unserer gesamten Region unter: **www.rhein-zeitung.de**

RZ E-Paper Unsere Abonnenten finden Kulturberichte auch unter: **ku-rz.de/epaper**

wibawaru